SEP 14

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 36. Sonnabend, den 5. September 1914. 18. Jahrgang.

Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosennot!

Die ernsteste Frage, die uns zurzeit neben dem Schutz des Vaterlandes gegen äußere Feinde beschäftigt, ist die Beseitigung des wirtschaftlichen Notstands, der durch die Lähmung des gesamten wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen ist. Unter diesem Notstand leiden die von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter mit ihren Familien am allermeisten. Mit Stolz kann festgestellt werden, daß für die Familien der Kriegsteilnehmer wohl allenthalben Fürsorge getroffen ist. Die Gemeinden und Kreise haben in zahlreichen Fällen die den Familien vom Reich gewährten Unterstützungen bis um 100 Prozent, in einzelnen Fällen noch darüber hinaus, erhöht. Humane Arbeitgeber zahlen den Familien der zur Fahne Einberufenen einen Teil des Gehalts oder Lohnes weiter.

Leider läßt sich ein Gleiches nicht von den Hunderttausenden von Arbeiterfamilien sagen, die der Krieg zu längerer oder dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt hat. **Die Gewerkschaften haben nach Kräften geleistet, was möglich war, um ihre arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen.** Sie haben seit dem Ausbruch des Krieges die Arbeitslosenhilfe zu ihrer Hauptaufgabe gemacht und den größten Teil ihrer Mittel darauf verwendet. Ihr Ruf nach öffentlicher Arbeitslosenversicherung war bisher meist ungehört verhallt. Nur wenige süddeutsche Städte gewährten Zuschüsse zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung oder Unterstützungen an Arbeitslose unter gewissen Beschränkungen. Die Mahnungen der Gewerkschaften, ihr gutes Beispiel, blieben unbefolgt. Nun hat der Krieg uns alle überrascht und die Arbeiterklasse in ein ungeheures Elend gestürzt. Gegen eine Welt von Feinden sind wir ausreichend gerüstet, — soll die bittere Not uns ungerüstet finden?

Um so notwendiger ist es, daß jetzt ungesäumt alle Maßnahmen getroffen werden, um der täglich sich steigernden Arbeitslosigkeit zu steuern und den von ihr betroffenen Arbeiterfamilien die notwendigsten Subsistenzmittel zu sichern. Wie groß der Umfang der Arbeitslosigkeit ist, läßt sich nur annähernd angeben. Nach gewerkschaftlichen Ermittlungen waren am 8. August von 844 132 beteiligten Mitgliedern bereits 156 621 **oder 18,5 Prozent arbeitslos.** In Leipzig hatten nach Erhebungen des Gewerkschaftskartells am 15. August von 61 564 Mitgliedern 15 324 oder nahezu 25 Prozent keine Arbeit. In Berlin wurden in der dritten Augustwoche 57 188 arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder (etwa 19 **Prozent der Mitglieder**) gezählt. Man schätzt hier die Gesamtzahl der Arbeitslosen allein auf zirka 100 000. In manchen Städten und Industriegebieten sieht es eher noch schlimmer aus. Manche Industrien sind durch den Krieg völlig lahmgelegt worden, so die Exportindustrien und Luxusgewerbe, die graphischen Gewerbe, die Textil- und Bekleidungsgewerbe und ein Teil der Baugewerbe. Die meisten andern Gewerbe arbeiten mit ganz erheblichen Einschränkungen weiter und nur die unmittelbar für den Kriegsbedarf und die Lebensmittelversorgung beschäftigten Gewerbe haben zu tun. Sie alle leiden indes ganz erheblich unter den Erschwerungen des Güter- und Personenverkehrs, die keine geregelten Lieferungen zulassen, unter Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung, vor allem aber unter den Schwierigkeiten des Geldmarktes, der durch die Kreditgewährung und -verteuerung und durch den Mangel an Hartgeld erschüttert ist. Die erste Voraussetzung für die Behebung der Massenarbeitslosigkeit ist daher die möglichste Beseitigung der das Wirtschaftsleben störenden Erscheinungen, soweit sie sich überhaupt während des Krieges beseitigen lassen.

Die **Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands** ist von der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beauftragt worden, bei den zuständigen Reichsbehörden um **Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosennot** vorstellig zu werden. In gleicher Richtung war auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands tätig. Nach vorheriger Verständigung haben Vertreter dieser beiden Körperschaften mit dem Reichsamt des Innern verhandelt. Die Verhandlungen bewegten sich auf der Grundlage folgender Erwägungen:

Zur **Hebung des allgemeinen Wirtschaftslebens** ist darauf Bedacht zu nehmen, daß alle Verkehrserschwerungen im **Eisenbahn-, Personen- und Güterverkehr,** im **Postverkehr** und im städtischen Straßenbahnverkehr nach Möglichkeit baldigst beseitigt werden. Namentlich wird die Arbeiterschaft durch die starken Einschränkungen des Vorortsverkehrs der Großstädte schwer geschädigt. Für die Industrie muß die **Zufuhr** der **Kohlen,** sodann der **Rohstoffe,** soweit sie bisher vom Auslande bezogen wurden, gesichert werden, sei es durch Ersatz aus andern Ländern, durch Tariferleichterungen für Rohstoffbeförderung oder durch Maßnahmen gegen spekulative Zurückhaltung von Rohstoffen vom Markte und von der industriellen Verwertung. Ein besonderes Augenmerk ist der **Lebensmittelversorgung des Volkes** zu widmen und mit allem Nachdruck gegen spekulative Verteuerungsbestrebungen vorzugehen. Die **Arbeitsvermittlung** soll tunlichst ausgebaut und den nach auswärts vermittelten Arbeitern freie Beförderung zum Arbeitsort gewährt werden. Da in vielen Fällen Gewerbebetriebe gänzlich eingestellt worden sind, weil die Betriebsleiter zum Heere einberufen worden sind, soll darauf hingewirkt werden, daß solche Betriebsleiter, die für die Weiterführung des Betriebes unentbehrlich sind, tunlichst von der Einberufung befreit werden. Es gibt eine Reihe von Betriebszweigen und Betrieben, besonders in der Lebensmittelversorgung, im Kohlenbergbau, Kalibergbau und Fabrikation von Düngesalzen, deren Einstellung mit der Aufrechterhaltung des nationalen Wirtschaftslebens unverträglich wäre. Solche Betriebe sollten zwangsweise aufrechterhalten und nötigenfalls in öffentlicher Regie weiterbetrieben werden. Im übrigen sollten für die Förderung der Privatwirtschaft nach Möglichkeit **öffentliche Mittel** aufgewendet werden, insbesondere kann die **Bautätigkeit und Bodenbearbeitung** (Melioration, Urbarmachung, Aufforstung) durch Mittel der Arbeiterversicherung unterstützt werden.

Soweit die Privatwirtschaft nicht ausreicht, das Heer der Arbeitslosen aufzusaugen, soll die **Gemeinwirtschaft von Reich, Staat und Gemeinde** helfend einspringen. Die dem Kriegsministerium unterstehenden **Betriebe für Heeresbedarf** können ungezählte Arbeitslose beschäftigen und dabei Vorsorge treffen, daß die beschäftigten Arbeitskräfte nicht in übermäßiger Arbeitszeit überanstrengt werden, während Tausende von Händen unbeschäftigt sind. Die Postverwaltungen haben sich leider in ausgedehntem Maße mit unbezahlten jugendlichen Helfern beholfen, anstatt Arbeitslose einzustellen. Auch die Eisenbahnverwaltungen können zur Entlastung des Arbeitsmarktes erheblich beitragen. Nicht minder haben die Gemeinden die Möglichkeit, Arbeitslose einzustellen, denn der Krieg legt ihnen erhöhte Pflichten auf, für die ihr durch die Einberufung gelichtetes Personal bei weitem nicht ausreicht. Der öffentliche Sicherheitsdienst ist erheblich verschärft worden durch die Bewachung der Brücken, Bahnanlagen, öffentlichen Gebäuden usw. Es ist unbillig, für solche Dienste unbezahlte Hilfe in Anspruch zu nehmen, solange Gemeindemitglieder hungern müssen. Unter den älteren Arbeitslosen finden sich genug solche, die mit der Waffe ausgebildet waren und für die öffentliche Sicherheit in Eid und Pflicht genommen werden können. Sodann ist der Bedarf von Reich, Staat und Gemeinden an Dienstbekleidungen und der Bedarf der öffentlichen Dienste und Anstalten so erheblich, daß viele Arbeitslose, besonders Frauen, dabei ausreichende Beschäftigung finden würden. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die Bautätigkeiten der Gemeinden und die Unterhaltung der öffentlichen Anlagen während des Krieges nicht etwa eingeschränkt, sondern im Interesse der Volkswohlfahrt weitergeführt wird. Arbeiten, für die es zu normalen Zeiten an Händen fehlen würde, wie Kolonisation von Heide und Moor, Aufforstungen, Anbau von Oedflächen, können gerade jetzt angesichts der enormen Massenarbeitslosigkeit erfolgreich aufgenommen und durchgeführt werden, sobald Staat und Gemeinde die nötigen Mittel dafür bereitstellen würden.

Auch die öffentliche Hilfstätigkeit, die noch vorwiegend mit unbezahlten Helfern arbeitet, sollte darauf Rücksicht nehmen, daß der Krieg Hunderttausenden, ja Millionen das Brot aus der Hand geschlagen hat und daß ein großer Teil der Hilfstätigkeit nicht notwendig wäre, wenn den Arbeitslosen Beschäftigung verschafft würde.

Um einer Ausnützung der Beschäftigten zum Nachteil der Beschäftigungslosen vorzubeugen, ist entsprechend dem Vorschlag einer im Reichsamt des Innern stattgehabten Frauenhilfskonferenz zu empfehlen, **die tägliche Arbeitszeit allgemein auf 8 Stunden herabzusetzen** und Betrieben, die infolge des Krieges außerordentlich stark beschäftigt sind, die Einführung von Wechselschichten nahezulegen.

Alle diese befürworteten Maßnahmen zielen darauf hin, Arbeitsgelegenheit und Verdienst für die Beschäftigungslosen zu schaffen und allmählich das gestörte Wirtschaftsleben wieder in geregelten Gang zu bringen. Es ist indes bestimmt damit zu rechnen, daß selbst unter der Voraussetzung der baldigen Durchführung aller dieser Vorschläge nur ein kleiner Teil des Riesenheeres der Arbeitslosen beschäftigt werden könnte und daß ein großer Teil nach wie vor ohne Arbeit und ohne Subsistenzmittel bleiben würde. Diesen kann nur durch eine beschleunigte Einführung der **öffentlichen Arbeitslosenunterstützung** geholfen werden. Eine solche Unterstützung ist notwendig, weil die Gewerkschaften allein nicht imstande sind, diese gesteigerte Zahl der Arbeitslosen auch nur einigermaßen ausreichend zu unterstützen. Sie ist auch durchführbar, weil in den Gewerkschaften geschulte Organisations- und Verwaltungsapparate bereits vorhanden sind, um mit ihrer Hilfe Arbeitslose, organisierte wie unorganisierte, zu unterstützen und zu kontrollieren. Es bedarf heute, angesichts der zwingenden Umstände, weder umfangreicher Erhebungen noch versicherungstechnischer Grundlagen, es bedarf einzig des guten Willens und des raschen Entschlusses, zu helfen, und die Wege dazu werden im Nu gefunden sein. Es muß anerkannt werden, daß einige Gemeindeverwaltungen bereits tatkräftig in dieser Richtung vorgegangen sind. Elberfeld-Barmen wollen jeden durch den Krieg in Not geratenen Einwohner unterstützen. Berlin und einige Vorortgemeinden beabsichtigen eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Die Not des Augenblicks drängt auch hier zu Taten. Aber einige wenige Gemeinden können allein gegen die Arbeitslosigkeit nicht ankämpfen. Alle Gemeinden müssen veranlaßt werden, dieser Aufgabe näherzutreten und die Staatsregierungen müssen ihnen mit staatlichen Mitteln zur Seite treten, um die Durchführung zu erleichtern. Das Reichsamt des Innern aber sollte jetzt seinen ganzen, gegenwärtig so bedeutenden Einfluß aufbieten, um die Frage der Arbeitslosenunterstützung zur raschen Lösung zu bringen. Es darf der weitgehendsten Mithilfe der deutschen Gewerkschaften sicher sein, die ihre gesamten Mittel und Erfahrungen in den Dienst dieser Aufgabe stellen werden.

Während unsre wehrfähige Mannschaft draußen im Felde ihre Pflicht erfüllt, darf die heimische Volkswirtschaft nicht vernachlässigt werden, denn von ihrer Erhaltung hängt in hohem Grade das Wohl des gesamten Reiches ab. Unsre Volkswirtschaft hat jetzt mehr denn je die Aufgabe, für das ganze Volk gemeinnützig zu wirtschaften, alle Kräfte und Stoffe rationell nutzbar zu machen und keine umkommen zu lassen. Sie muß jetzt mehr wie vor dem Kriege in nationaler Richtung orientiert und sozial organisiert werden und alle volkswirtschaftlich erfahrenen Personen müssen dazu herangezogen werden, um Deutschlands Wirtschaftsleben so zu gestalten, wie es Deutschlands gegenwärtige Lage erfordert. Da darf auch der Rat der organisatorisch und wirtschaftlich geschulten Arbeitervertreter nicht länger verschmäht werden, zumal diese gerade für die sich anstürmenden sozialen Nöte und Pflichten ein weitgehendes Maß von Verständnis und Erfahrung besitzen. Deshalb ist darauf zu drängen, daß in allen wirtschaftlichen Vertretungen, die aus Anlaß der Kriegslage geschaffen oder herangezogen werden, auch die Arbeiterorganisation eine Vertretung und Mitwirkung finde.

Wir hoffen, daß Deutschland, das sich gegen eine Welt von Feinden einmütig erhoben hat, auch die Kraft finden wird, mit den inneren Nöten fertig zu werden. Die arbeitende Bevölkerung trägt die Lasten des Krieges wie jeder Teil des Volkes. Sie ist bereit, das Vaterland mit dem vollen Einsatz des Lebens zu schützen. Sie hat daher ein Recht darauf, gegen die Gefahr des Verhungerns geschützt zu sein!

Zu unserer Unterstützungsaktion

Der Krieg hat mit einem Schlage im Wirtschaftsleben die verschiedensten Umgestaltungen hervorgerufen. Die Kaufleute und Industriellen bemühen sich um die Gewährung eines Moratoriums, das heißt, es soll eine längere Frist gesetzt werden, um Zahlungsverpflichtungen hinausschieben zu können. Bisher ist ein allgemeines Moratorium nicht erlassen worden. Die Gewerkschaften sahen sich durch den Krieg veranlaßt, ihre Statuten zum Teil außer Kraft zu setzen, denn es wäre unmöglich gewesen, die Unterstützungen in der bisherigen Weise weiterbezahlen zu können. Es sei bloß daran erinnert, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder zu den Fahnen einberufen wurde und daß weiter der andre Teil von einer großen Arbeitslosigkeit getroffen wurde. Nun weisen ja die Statuten der Verbände keine Bestimmungen auf, welche darauf Bezug hätten, wie die Unterstützungssätze gehandhabt werden sollen, wenn es zu einem Kriege kommt. Meist besagt irgendein Paragraph, daß in schwierigen Zeiten der Verbandsvorstand, der jeweiligen Situation entsprechend, das Statut außer Kraft setzen kann. Von dieser Bestimmung haben die Gewerkschaften bereits Gebrauch gemacht, auch der Steinarbeiterverband. Diese selbstverständliche Maßnahme hat nun das Mißfallen eines Teils der Mitglieder erregt. Trotzdem der Vorstand seine Dispositionen in einem umfangreichen Zirkular begründete, gehen uns immer noch Zuschriften zu, die besagen, daß die Unterstützungssätze nicht weitgehend genug seien. Es sei ausdrücklich betont, daß an den von den Verbandsinstanzen festgesetzten Sätzen nichts geändert wird. Die Instanzen sind sich dessen bewußt, daß die Beschlüsse den Interessen der Kollegenschaft in recht weitgehendem Maße entgegenkommen. Wird die in Anschlag gebrachte Summe nicht aufgebraucht, erst dann werden sich die Verbandsinstanzen damit beschäftigen, in welcher Weise noch einmal eingegriffen werden soll. Allen es recht zu machen ist eine Kunst, die niemand kann, ein Teil der Verbandsmitglieder wird eben niemals zu befriedigen sein.

Eine recht vernünftige Stellung nimmt der Kollege Bolte-Hannover ein, welcher schreibt:

> Ich bin mit euren Beschlüssen voll und ganz einverstanden. Wohl erscheint die Unterstützung der zum Heere Eingezogenen etwas niedrig, aber bei der beträchtlichen Zahl kommt schon eine schöne Summe heraus. An Nörglern wird es natürlich nicht fehlen. Dem einen ist es nicht recht, daß während des Krieges die Krankenunterstützung fortfällt, dem andern paßt es nicht, daß die Reiseunterstützung aufgehoben wurde, dem dritten ist die Familienunterstützung zu niedrig. Leider sagt aber niemand dabei, wo die ungeheuren Geldsummen herkommen sollen, um all den geäußerten Wünschen nachkommen zu können. Ich habe aber die Meinung, daß der Steinarbeiterverband mit seinen Maßnahmen das Richtige getroffen hat.

Wir haben diese Zeilen abgedruckt, weil der Schreiber sehr gut zu beurteilen vermag, daß sich der Verband mit dem Gebotenen wohl sehen lassen kann. Allerdings treten meistens diejenigen als Nörgler auf, die für den Verband überhaupt noch keine großen Leistungen vollbracht haben. Es leuchtet uns ein, daß es Befremden erregen mußte, indem die Krankenunterstützung aufgehoben wurde. Dabei muß aber in Betracht gezogen werden, daß die Kranken doch immerhin eine dementsprechende Unterstützung erhalten. Unsre Aufgabe müßte es in erster Linie sein, den Arbeitslosen beizustehen. Und die Kollegen in ihrer Mehrheit werden sich darüber freuen, daß ein solcher Beschluß zustande kam. Große Genugtuung hat es weiter ausgelöst, daß die Frauen der ins Feld Gezogenen eine einmalige Unterstützung von 10 Mk. erhalten, zahlbar am 1. Oktober. Die Frauen werden sehr angenehm berührt sein, daß ihnen diese kleine Beihilfe zugute kommt. Allerdings, wenn all die geäußerten Wünsche der Kollegen durchgeführt werden sollen, dann müßte der Steinarbeiterverband über ein Millionenvermögen verfügen.

Die schlesischen Granitindustriellen und der Krieg.

Am 17. August hat in Striegau (Schles.) ein vom Bezirksverband III (Schlesien) des Verbandes Deutscher Steinbruchs- und Steinmetzgeschäfte einberufene Versammlung der schlesischen Granitindustriellen folgenden Beschluß gefaßt:

„Soweit es die besonderen betrieblichen Verhältnisse und finanziellen Kräfte irgend gestatten, sind die Betriebe vorläufig (eventuell mit verkürzter Arbeitszeit) im Interesse der noch vorhandenen Arbeiter fortzuführen. Arbeiter aus benachbarten Steinbruchbetrieben sollen, falls deren Einstellung überhaupt möglich ist, nur dann angenommen werden, wenn dieselben aus der bisherigen Arbeitsstelle wegen gänzlicher oder teilweiser Betriebseinstellung entlassen sind, und ist im Zweifelsfalle beim bisherigen Arbeitgeber Rückfrage hierüber zu halten."

Die Bestimmungen, welche im letzten Satze enthalten sind, scheinen darauf abzuzielen, von der bisherigen Methode, gegenseitig keine Leute einzustellen, auch jetzt nicht so ohne weiteres abzugehen.

Allgemein wurde in der Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß die Durchführung des Beschlusses nur möglich ist, wenn namentlich alle Staats- und Kommunalbehörden das Ihrige tun. Die seitens der Behörden erforderlichen Maßnahmen sind wie folgt formuliert worden:

1. Die noch fälligen Gutschriften der Granitindustriellen müssen schleunigst zur Auszahlung gelangen, damit die Industrie, der naturgemäß jetzt von ihren privaten Abnehmern Gelder fast gar nicht zufließen, überhaupt in der Lage ist, Löhne zahlen zu können.
2. Die bei den Behörden hinterlegten Kautionen müssen, soweit in der ausgeführten Lieferung selbst Bedenken dagegen nicht begründet sind, unter Abkürzung der ausbedungenen Hinterlegungsfrist zurückgegeben werden.
3. Die bis jetzt bereits bestellten Produkte müssen, soweit dieselben fertiggestellt sind oder sobald unter den veränderten Betriebsverhältnissen Fertigstellung möglich ist, zur Annahme und sofortigen Bezahlung gelangen, um eine Weiterarbeit in den nächsten Wochen zu ermöglichen. Läßt sich die Abnahme solcher Produkte wegen Zurückstellung der betreffenden Bauausführungen oder wegen Einschränkung des Güterverkehrs nicht ermöglichen, so müssen auf Grund eines amtlich beglaubigten Nachweises darüber, daß die Produkte fertig in den Betrieben lagern, angemessene Abschlagszahlungen geleistet werden, und zwar in zeitlichen Fällen, in denen nicht ab Werk verkauft ist, unter Kennerechnung der einkalkulierten Frachten usw.

4. Um auch weiterhin eine Beschäftigungsmöglichkeit zu gewähren, müssen, soweit irgend angängig, auch neue Aufträge während der Kriegszeit erteilt werden, und gilt hinsichtlich deren Abnahme und Regulierung das unter 3 Gesagte.

Wo reguläre Aufträge seitens der Behörden für die Steinindustrie sich nicht schaffen lassen, muß erwogen werden, ob nicht Notstandsarbeiten zur Ausführung gelangen können, womit auch wiederum der beschäftigungslosen Arbeiterschaft in den Empfangsbezirken eine Hilfe zuteil würde.

5. Zur Ermöglichung der in den Steinbruchbetrieben unentbehrlichen Sprengarbeit muß die Lieferung und der Versand der benötigten Sprengmittel für die Steinbruchindustrie den Fabriken in angemessenem Umfange freigegeben werden.

6. Um weiter die geregelte Aufnahme und Fortführung der Betriebe nicht an der jetzt schon drohenden Ueberfüllung der Lagerplätze scheitern zu lassen, muß auch die Versandmöglichkeit mit allergrößter Beschleunigung wieder geschaffen, also die Waggongestellung freigegeben werden. — —

Der eingangs erwähnte Beschluß wird allen oberen Reichs- und Staatsbehörden zur Berücksichtigung unterbreitet werden. Die einzelnen Firmen werden denselben allen mit ihnen in Geschäftsbeziehungen stehenden Behörden übermitteln.

Auch die Arbeiter haben ein großes Interesse daran, daß von den Behörden die aufgestellten Leitsätze der Steinbruchbesitzer genügend gewürdigt werden. Wir sind der Meinung, daß die Staats- und Kommunalbehörden sehr viel tun könnten, um zur jetzigen Zeit Werksteinarbeiten herauszugeben. Begrüßen müssen wir es, daß sich die Unternehmer eventuell auf eine Verkürzung der Arbeitszeit einlassen, eher daß Massenentlassungen stattfinden.

Hoffen wir, daß das Vorgehen der Unternehmer von Erfolg gekrönt ist.

Frankfurter Brief.

Zum erstenmal seit einer Reihe von Jahren hatten wir hier in der Baubranche eine sehr gute Konjunktur; verschiedene Umstände lokaler Natur spielten dabei eine Rolle. Die Hoffnungen unsrer Kollegen auf eine gute Herbstkonjunktur wurden durch den Krieg total zertrümmert. Alles stockt, und wenn nicht einige größere städtische Reparaturen auszuführen wären, so wäre die Arbeitslosigkeit unsrer Sandsteinmetzen wohl allgemein. Bei Holzmann u. Co. scheinen die größeren Arbeiten unverändert weitergeführt zu werden. In der Marmor- und Grabsteinbranche sieht es trübe aus; teils gibt es mehr oder weniger verkürzte Arbeitszeit, teils ganz geschlossen, lautet das Signum. Ueber 75 Kollegen sind aus der hiesigen Zahlstelle ins Feld gerückt, eine Reihe andrer wird noch folgen als Landsturmpflichtige. Von einer Fürsorge für die Familien der Eingezogenen seitens der Firmen hört man bis jetzt sehr wenig. Firmen, die sichs leisten könnten, tun gar nichts, haben im Gegenteil sofort die Kollegen von der Krankenkasse abgemeldet. Allerdings, die Firma Holzmann zahlte den Eingezogenen einen vollen Wochenlohn voraus, die Firma Gebr. Wagner die Woche voll, in der sie einrücken mußten. Sonst auf der ganzen Linie — Schweigen.

Das Grabsteingeschäft F. Hofmeister brachte es über sich, seinen Arbeitern die Löhne um 6 bis 12 Pfg. pro Stunde zu kürzen; bei voller Arbeitszeit macht das wöchentlich einen Lohnausfall von 6 bis 10 Mark. Als die Arbeiter hiermit nicht einverstanden waren, versprach die Firma, den vollen Stundenlohn zu zahlen und dann nur fünf Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Damit waren die Leute zufrieden. Mittlerweile war eine Zuschrift an die hiesige „Volksstimme“ gelangt und der Redakteur setzte sich in telephonische Verbindung mit der Firma. Herr Hofmeister erklärte, die Sache geregelt zu haben, er wolle aber persönlich auf der Redaktion vorsprechen und die Beweise bringen, daß er nicht gut anders handeln könne. Dies führte er auch aus, und die Folge war, daß zwei Arbeiter der Firma auf die Redaktion beordert wurden. H. fragte dann jeden einzelnen Arbeiter, ob er mit etwas Lohnabzug einverstanden sei, und so mußten die Kollegen tatsächlich einen Lohnabzug von 4 bis 6 Pfg. durchschnittlich über sich ergehen lassen. Wenn die Firma H. wenig Arbeit hat, dann ist es nur logisch, die Arbeitszeit zu verkürzen, nicht aber die Stundenlöhne zu drücken.

Anerkennung verdient das Eingreifen und die Haltung der Stadtverwaltung. Die verwendbaren Steine der alten Mainbrücke sollen von hier ansässigen Steinmetzen umgearbeitet werden. Veranschlagt hierfür sind etwa 70 000 Mark. Zwei Drittel der Arbeit haben unsres Wissens vier hiesige Geschäfte (J. Schnellbach, Schnellbach-Stössel, Löffler und Pfannstiel). Das andre Drittel hat die Firma Holzmann u. Co. Hoffentlich werden die städtischen Bestimmungen seitens der Unternehmer richtig eingehalten und durchgeführt. Die städtische Arbeitslosenversicherung wurde der Kriegswirren wegen zurückgestellt. Dafür hat aber die Stadt eine sofort in Kraft tretende Arbeitslosenunterstützung eingeführt und den Gewerkschaften auf Wunsch die Auszahlung derselben überlassen. Die tägliche Meldung geschieht auf der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle. Alle Kollegen also, die ein Jahr in Frankfurt wohnen und arbeitslos sind, haben sich beim Kassierer Winkel, Zeil 124, sofort zu melden. Die Unterstützung beträgt pro Tag 70 Pfg. für Ledige, 1 Mark für Verheiratete und 15 Pfg. für jedes Kind. Gleichzeitig wird auch dabei die Arbeitslosenunterstützung unsres Verbandes ausbezahlt. Auf diese Weise hoffen wir über die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit und Kriegswirren hinwegzukommen und unsre Organisation zu erhalten und zu festigen. Die unverminderte Organisationsfreudigkeit aller Kollegen ist aber hierzu unbedingt erforderlich.

Korrespondenzen.

Gommern. Wie an allen Orten, so hat auch hier der Ausbruch des Krieges eine vollständige Verschiebung der wirtschaftlichen Lage zur Folge gehabt. Gleich nach erfolgter Mobilmachung beabsichtigten einige Unternehmer, ihre Betriebe still zu legen. Es wurden auch Entlassungen von Arbeitern vorgenommen. In einer Versammlung der Steinbruchbesitzer wurde aber von der vollständigen Schließung der Betriebe Abstand genommen und beschlossen, mit verkürzter Arbeitszeit täglich nur fünf Stunden weiter arbeiten zu lassen. Nachdem aber die Nachrichten vom Kriegsschauplatz durchweg günstig lauteten, wurde auch diese Maßnahme wieder aufgehoben, und seit Sonnabend, 29. August, wieder voll gearbeitet. Die Angehörigen der zu den Fahnen einberufenen Arbeiter der Firma J. A. Dümling, R. Schröder und C. Wetzel erhalten eine wöchentliche Unterstützung von je 1,50 Mk. für die Frau und 50 Pfg. für jedes Kind. R. Schröder hat den Angehörigen seiner ins Feld ziehenden Arbeiter ein einmaliges Geldgeschenk überreichen lassen. Von den übrigen Unternehmern hat man noch nichts derartiges vernommen. Die Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Arbeiter durch die Unternehmer und die Wiederherstellung der vollen Arbeitszeit ist gewiß anerkennenswert und verdient uneingeschränktes Lob. Die Behandlung aber, die jetzt den Weiterarbeitenden, insbesondere durch Angestellte der Unternehmer, zuteil wird, ist um so mehr zu verurteilen. Bei dem geringsten Anlaß droht man den Arbeitern mit Hinauswerfen und sagt ihnen, daß sie nur froh sein sollten, überhaupt Arbeit zu haben. Diese Behandlung und die Sucht einiger Angestellten, den Arbeitern die volle Macht des wirtschaftlich Stärkeren fühlen zu lassen, ist sicherlich in dieser schweren Zeit nicht angebracht. Sie trägt nicht dazu bei, das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu fördern. Es ist nötig, daß auch hierin Wandel geschaffen wird.

In einer am 29. August stattgefundenen Versammlung wurden die Maßnahmen, die der Vorstand angesichts der außergewöhnlichen Verhältnisse in unserm Unterstützungswesen treffen mußte, besprochen. Die Versammlung war mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden. Von den Mitgliedern der Zahlstelle sind bis jetzt 165 eingerückt. Von den in Arbeit stehenden Mitgliedern unsrer Zahlstelle wird erwartet, daß sie jetzt ihre volle Schuldigkeit tun, um so eher Solidarität mit den vielen arbeitslosen Kollegen unsrer Branche zum Ausdruck zu bringen. *ern.*

Kirchberg (Sachsen). Als die Mobilmachung bekannt wurde, sind auch sofort die Steinhauerbetriebe eingestellt worden. Kürzlich haben sich die Herren Unternehmer bereit, ein paar gegen vorzunehmen. Dabei zeigt sich aber, daß die Firma Gustav Müller, Bärenwalde, Preisreduzierungen vornimmt. Es wurden abgezogen bei der 1. und 2. Sorte je 20 Pfg. und beim Kleinpflaster pro Kubikmeter sogar 1 Mk. Der Stundenlohn betrug vorher 37 und 38 Pfg. und jetzt nur noch 30 Pfg. Wir sehen uns veranlaßt, dieses Verhalten im „Steinarbeiter“ bekanntzugeben. Unsre Kollegen mußten teilweise in den Krieg ziehen, sie werfen ihr Leben in die Schanze, aber zu Hause gibt es Unternehmer, die die schwere Zeit ausnützen, um die Löhne zu kürzen. Ein solches Verhalten richtet sich von selber.

Anmerkung der Redaktion. Diejenigen Unternehmer, die nicht nach Tarif bezahlen, geben wir im „Steinarbeiter“ sehr gern bekannt. Aber von den Zahlstellenverwaltungen erwarten wir, daß die Berichterstattung mit der allergrößten Wahrheitsliebe vorzunehmen ist. Es ist uns genau anzugeben, welche Firmen sich an den Lohnkürzungen beteiligen und welche Tarifpositionen in Frage kommen.

Sparneck. Auch wir sind von den Schrecken des Krieges nicht verschont geblieben. Von 55 Kollegen sind bis jetzt 25 zu den Fahnen einberufen worden. Als die Mobilmachung bekannt wurde, sind hier die Betriebe geschlossen worden. Auch die vielgepriesene Arbeitsgelegenheit auf dem Lande ist nicht so glänzend, wie allgemein in den Zeitungen geschrieben wird. Ganz einsam und traurig ist es jetzt hier. Die Kollegen, die in den Krieg ziehen mußten, rückten alle mit frohem Mut und Begeisterung ein. Es gilt doch in erster Linie den Zarismus niederzudrücken. Unser allbewährter Vorsitzender Max Fischer, der schon am ersten Mobilmachungstag ins Feld mußte, ermahnte die Kollegen noch im letzten Augenblick, daß wir fest und treu zu unsrer Organisation halten möchten und diese nicht im Stich lassen dürften. Darum tue jeder seine Pflicht, daß, wenn unsre Kollegen zurückkehren, die Zahlstelle noch blüht.

Rundschau.

30 Prozent der Mitglieder sind beim Zimmererverband zum Heere eingerückt, das sind 15 062 Mitglieder. Die statistische Erhebung ergab, daß am 17. August auch noch 5340 arbeitslose Mitglieder gezählt wurden.

An die Stadtverwaltungen. Wie wir vernehmen, werden einige größere Städte Norddeutschlands demnächst umfangreiche Pflastersteinlieferungen vergeben. Wir erwarten, daß in erster Linie nur deutsches Material zur Verwendung kommt. Wir haben da besonders Berlin im Auge. Diese Stadt hat mit Vorliebe schwedische Pflastersteine bezogen, und zwar alljährlich für ganz beträchtliche Summen. Die deutschen Granitbetriebe leiden sehr unter der mangelhaften Auftragserteilung, so daß unser Wunsch vollauf seine Berechtigung hat.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Ortsverwaltungen!

Die Ortsverwaltungen werden darauf hingewiesen, daß für die ersten Wochen die auszuzahlende Arbeitslosenunterstützung aus den Lokalkassen vorgestreckt werden muß. Die Hauptkasse ist nicht in der Lage, in dieser schwierigen Zeit, die kein Mensch voraussehen konnte, nun mit einem Male sofort die Gelder alle flüssig machen zu können. Dieses kann erst nach und nach geschehen, und so müssen die Zahlstellen mit den Ortsfonds eben zunächst die Auszahlung durchführen. Dabei wissen wir auch, daß es für die Zahlstellen nicht immer leicht ist, zurzeit die Gelder von den Sparkassen abzuheben.

Ausdrücklich sei bemerkt, daß in jeder Woche die quittierte Liste nebst Wochenbericht einzusenden sind. Um unbestellbare Postsendungen zu vermeiden, ist die Angabe einer genauen Adresse auf jeder Liste erforderlich.

Es wird nochmals auf die strengste Innehaltung der Bestimmungen im Rundschreiben vom 17. August hingewiesen. Wissentliche und vorsätzliche Verstöße haben den Verlust der Verbandsrechte zur Folge.

•

Arbeitslosen-Unterstützung betreffend.

Arbeitslose Einzelzahler haben das Mitgliedsbuch einzusenden, worauf ihnen eine Kontrollkarte übermittelt wird. Einzelzahler lassen sich vom Gewerkschaftskartell, wo ein solches nicht vorhanden ist, vom Vertrauensmann einer anderen freien Gewerkschaft kontollieren und die Kontrollkarte täglich abstempeln. Wo beides fehlt, lassen sich die Kollegen die Arbeitslosigkeit allwöchentlich vom Gemeindevorstand resp. Bürgermeister bescheinigen. Die Unterstützung ist möglichst auf einmal oder höchstens zweimal zu erheben.

☛ Die auf der Reise sich befindenden Mitglieder lassen sich vom 31. August an eine **Arbeitslosenkarte** ausstellen; auf allen Zahlstellen, die sie bis zum Schluß der Woche berühren, ist diese abzustempeln und **allwöchentlich ist auf der letzten Zahlstelle die Arbeitslosenunterstützung zu erheben.** Auf die gelben Reisekarten ist vom 22. August an keine Reiseunterstützung mehr auszuzahlen.

•

Bei der jetzigen Einsendung der Bücher und Karten der zur Fahne gerufenen Kollegen zeigt sich, wie wenig sich unsere Kollegen um die Portotaxe bekümmern und danach richten. Das Nähere wäre auf S. 152 des Leitfadens zu sehen. Die Bücher können als Drucksache gesandt werden: 1 Buch 5 Pfg., 2—4 Bücher 10 Pfg., 4—8 Bücher 20 Pfg., 8—13 Bücher 30 Pfg. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo 4 Bücher als Paket für 50 Pfg. Porto und 15 Pfg. Bestellgeld gesandt wurden. Wir bitten die Kollegen nochmals recht dringend, doch keine solche Verschwendung mit dem Porto zu treiben. Geschrieben dazu darf nichts werden, aber der Brief bis zu 20 Gramm kostet ja auch nur 10 Pfg.

•

☛ Die nachstehenden Zahlstellen haben es bisher nicht für nötig erachtet, **über das zweite Quartal abzurechnen resp. ihr Konto zu begleichen.** Die Zahlstellen, welche mit einem Sternchen bezeichnet sind, haben überdies nicht einmal die Quartalsabrechnung eingesandt. Welche Folgen daraus entstehen, wird am Schluß ausgeführt. Wir sehen uns veranlaßt, nun folgende Zahlstellen zu veröffentlichen:

1. Gau. Kottbus-Guben, Greifswald, Königsberg, Stargard.

2. Gau. Giersdorf, *Herischdorf, Häslicht, *Königswalde, Löbau, Lauban, Niederlinda, *Oels, Neu-Cunnersdorf.

3. Gau. Nebra.

4. Gau. Eiterhagen, *Hoof, Reißenhausen, Gommern, Ober-Aula.

5. Gau. Koblenz, Darmstadt, Orienberg, *Sprockhövel, *Steinperf, Herdecke.

6. Gau. *Andlau, Oetzeln, Gailbach, Hagenau, Heidelberg, Lappelrodeck, Lütschenbach, Landau, Ludwigshafen, *Ochsenburg, *Pirmasens, *Siegelsbach, Schmie, Triberg, Tegernau, Straßburg, *Zweibrücken, Zwingenberg.

7. Gau. Fürstenberg, Kalteneck, Metten, München, *Neuhaus am Inn, *Neubau, *Nürnberg, Ruhmannsfelden, Schwarzenbach.

8. Gau. Burgkundstadt, Hardheim, Höpfingen, Langenaltheim, Mondfeld, Obernburg, Röllfeld, Renningen, Wertheim, Goßmannsdorf, Eichenbühl, *Gössenheim, Gleichamberg.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die vorgenannten Zahlstellen aus den Mitteln der Hauptkasse die Arbeitslosenunterstützung, welche mit dem 31. August in Kraft tritt, nicht auszahlen dürfen. Wegen dieser entstehenden Konsequenzen mögen sich die Mitglieder nur an die Ortsverwaltungen und an die Gauleiter wenden. Wir müssen darauf sehen, daß mit dem Begleichen der Kontos Ordnung gehalten wird. Die Zahlstellen wissen ja sonst auch ihre Rechte in weitgehendstem Maße zu vertreten, infolgedessen müssen sie sich auch bewußt sein, daß die Pflichten in pünktlicher Weise zu erfüllen sind. Wir haben in unserem Zirkular sowie im „Steinarbeiter“ die Ortsverwaltungen ausdrücklichst ersucht, doch ihren Verpflichtungen nachzukommen. Leider hat es bei einem Teile nichts genützt.

•

Dem Kollegen Stanislaus Gerzynskuy aus Norworadow (Buch-Nr. 43573) sind die 2 Mk. Reiseunterstützung, welche in Wechselburg erhoben wurden, von der Arbeitslosenunterstützung zu kürzen.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Sebnitz. Alle diejenigen Kollegen, die nach der Arbeitseinstellung von hier abgereist sind, mögen ihre Adressen an Unterzeichneten einsenden, damit ihnen die Verbandspapiere zugesandt werden können. Rückstände sind mit zu begleichen.

Wolfgang Wallner, Petzoldstraße 207 K.

Adressen-Aenderungen.

Bremen. Vors.: Leopold Pellert, Graudenzer Str. 25. Kassierer: Johann Eilers, Bohnenstraße 49.

Demitz. Vors. u. Kass.: Georg Mühlborfer, Demitz, Nr. 38.

Faulbach. Kass.: August Herberich.

Flonheim. Kass.: Philipp Renz II, Flonheim, Kreis Alzey (Rheinhessen).

Gelsenkirchen. Vors. u. Kass.: Ferdinand Feller, Viktorstraße 21.

Greifswald. Vors. u. Kass.: Karl Zachow, Lingstraße 8.

Halle a. S. Vors. u. Kass.: Karl Montag, Große Steinstr. 1.

Häslicht (Schles.). Vors.: Rob. Fichtner. Kass.: Fr. Prenzel, wohnhaft im Bauverein.

Hauzenberg. Vors.: Joseph Eder, Döbling, Post Hauzenberg (Niederbayern). Kass.: Fritz Fisch, Fürsetzing, Post Hauzenberg (Niederbayern).

Heilbronn. Vors.: Wilh. Kautter, Böckingen bei Heilbronn, Seestraße 1, pt.

Kamenz. Vors.: Karl Liese, Moltkestraße 6. Kass.: Gustav Menschner, Wiesa bei Kamenz.

Kelbra a. Kyffh. Kass.: Hermann Koch, Breite Straße 53.

Köditz bei Hoof. Vors.: Adam Kramer, Köditz, Nr. 106.

Kolmar (Els.). Vors. u. Kass.: Otto Gaus, Fechtweg 27.

Königsberg i. Pr. Vors. u. Kass.: Erich Lorke, Kirchenstr. 1, pt.

Lübeck. Vors. u. Kass.: Joh. Weber, Augustenstraße 28a.

Ludwigshafen a. Rh. Vors.: Georg Igel, Kanalstraße 66.

Lüneburg. Kass.: Franz Kühne, Im tiefen Tal Nr. 18.

München. Kass.: Joseph Fuchs, Lindwurmstraße 75, III. St.

Niedermendig. Vors.: Matthias Mintenig, Fallerstraße.

Ochsenburg. Vors. u. Kass.: Karl Rapp.

Posen. Vors. u. Kass.: Georg Eschrich, Posen O. 5, Bittestraße 46, H. pt.

Rinchnach. Vors. u. Kass.: Karl Jachthuber, Kirchdorf i. Wald (Niederbayern).

Straßburg. Vors. u. Kass.: Fritz Göhringer, Sonnengasse.

Treuchtlingen. Vors.: Hans Näpflein, Dietfurt, Post Treuchtlingen (Mittelfranken).

Wulsdorf. Vors.: Hrch. Wellbrock, Osterstraße 28, I. Kass.: Heinrich Schäfer, Lindenallee 57.

Zwickau. Vors. u. Kass.: Karl Rössel, Burgstraße 28.

Briefkasten.

Kamenz. Der verlangte Zahlungsmodus erscheint uns unglaublich. Wir ersuchen noch um nähere Nachricht. — J. Darauf können wir jetzt nicht Bezug nehmen. — Hm. Waren davon sehr erfreut. Hoffentlich geht alles gut ab. — F. Sehr zu empfehlen wäre: „Der Steinmetz in der Schule und in der Praxis.“ Herausgeber ist Bauschuldirektor Müller in Görlitz. Das Lehrbuch kostet 12 Mk.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Schürzen Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

☛ Eigene Anfertigung. ☚

Hamburg 6, ☛ **Bartelsstrasse 93.** ☚

Achtung, Steinarbeiter!

Empfehle den werten Kollegen und Genossen meine **selbstgestrickten**

Steinmetzhemden und Unterhosen

zu billigsten Preisen.

Anton Richter, Strickerei, Gelenau (Erzgeb.).

(Mitglied des Textilarbeiter-Verbandes.)

Tüchtige Pflastersteinmacher

werden für dauernde Arbeit gesucht.

Mittweidaer Granitwerke, A.-G., Mittweida (Sa.).

Tüchtiger Steinmetz

der auf Kunststein bewandert ist, wird gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen erbeten an

Franz Iglauer, Bildhauerei, Kottbus, Schillerstr. 3/4

Zwei tüchtige Kleinpflaster-Maschinenspalter

finden sofort dauernde Arbeit.

Albert Bornschein, Rudolstadt (Thür.).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Schopfloch am 29. August der Sandsteinmetz **Ludwig Schaffner**, 69 Jahre alt, an Magenleiden.

Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.